

NAHOST

Erfolgloser Dreiergipfel

US-Präsident Barack Obamas Bemühungen, den Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern wieder anzukurbeln, sind in eine Sackgasse geraten. Mehrfach musste Obama eigene Ankündigungen kassieren. So forderte Washington von Israel monatelang einen „vollständigen Siedlungsstopp“ im besetzten Westjordanland. Am vergangenen Dienstag, beim Gipfel mit dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, verlangte Obama von Jerusalem nur noch „Zurückhaltung“ beim Siedlungsbau. „Zurückhaltung ist nicht Einfrieren“, freute sich Netanjahu anschließend im kleinen Kreis. Wenige Stunden später wurde bekannt, dass Israels Verteidigungsminister Ehud Barak den Bau von 37 neuen Wohneinheiten in Karnei Schomron im Westjordanland genehmigt hat. Eigentlich sollte das Dreiertreffen

in New York zum Startschuss für neue Verhandlungen werden, doch es reichte nicht einmal für eine gemeinsame Absichtserklärung. Obamas Nahost-Gesandter George Mitchell hatte das Scheitern geahnt und seinem Präsidenten geraten, das Treffen abzusagen. Doch Obama bestand auf dem Gipfel, um seine Erfolglosigkeit nicht auch noch öffentlich einzugestehen.



Netanjahu, Obama, Abbas



kanern, mit Saudi-Arabien oder mit einzelnen Golfstaaten –, dann sollten sie deshalb kein jemenitisches Blut vergießen, sagte der Präsident dem Satellitenkanal al-Dschasira. Nachrichtendienste in Kairo, Khartum und Beirut beschuldigen Iran seit langem, militante Bewegungen in der arabischen Welt mit Waffen zu versorgen. Ob das auch für den Jemen zutrifft, ist bislang aber nicht bewiesen. Schiitische Politiker würden den Konflikt im Jemen missbrauchen, um sich zu profilieren, glaubt dagegen die Jemen-Expertin Nicole Stracke vom Gulf Research Center in Dubai.

FRANKREICH

Geheimdienst fürchtet Sozialkonflikte

Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise droht Frankreichs Unternehmen ein heißer Herbst: Nach einer Darstellung des Nachrichtendienstes SDIG für Innenminister Brice Hortefeux könnten der Republik eine Serie von Gewalttaten

gegen Firmenbosse und spektakuläre Aktionen bevorstehen – wie etwa Fabrikbesetzungen oder Erpressungsversuche mit Sprengstoff. Die Spezialisten der Inlandsaufklärung sehen das explosive Konfliktpotential in der hohen Zahl von Sozialplänen, die im Frühjahr vereinbart wurden und jetzt abgewickelt werden müssen. Aufgebracht durch Massentlassungen, waren Frankreichs Arbeitnehmer seit Februar bereits mehr als 30-mal auf die Barrikaden gegangen und hatten

Manager in ihren Büros eingesperrt – so etwa beim Mischkonzern 3M im zentralfranzösischen Phithiviers oder bei Caterpillar in Grenoble. Trotz deutlicher Kritik von Präsident Nicolas Sarkozy – „Wir sind ein Rechtsstaat, ich werde so etwas nicht zulassen“ – hielten die Angestellten der Elektronikfirma Molex im südfranzösischen Villemur-sur-Tarn zwei Führungskräfte fast 30 Stunden gegen ihren Willen fest. Mit weiterer Radikalisierung der Arbeitnehmer erwarten die Geheimdienste obendrein eine Zunahme von Sprengstoffdrohungen: Beim Telekommunikationsmulti Nortel unweit von Paris oder beim Autozulieferer New Fabris in Châtellerault bei Poitiers hatten gefeuerte Angestellte mit der Explosion von Gasflaschen gedroht – und damit für landesweite Aufmerksamkeit gesorgt.



Besetzung der Firma New Fabris in Châtellerault